

9/SN-310/ME

SOZIALISTISCHE  
JUGEND  
ÖSTERREICH

Bundesministerium f. Justiz

Museumstr. 7

1070 Wien

Betrifft: Namensrechtänderungsgesetz

|          |               |
|----------|---------------|
| Betrifft | GESETZENTWURF |
| Zl.      | 46 - GE 9 Po  |
| Datum:   | 18. MAI 1990  |
| Verteilt | 31. Mai 1990  |

Stellungnahme der Sozialistischen Jugend Österreich zum Entwurf eines Bundesgesetzes über Änderungen des Namensrechts

Die Änderung des Ehenamensrechts in der vorliegenden Fassung bietet die Möglichkeit, daß Frauen bei Eheschließung ihren bisherigen Namen weiterführen können, unter dem sie möglicherweise berufliches, wirtschaftliches oder gesellschaftliches Ansehen erlangt haben.

Es ist im Sinne der Gleichberechtigung von Mann und Frau, daß hinsichtlich der Namensführung künftig beide Ehepartner gleiche Möglichkeiten haben werden.

Die Bestimmung, daß das Kind mangels einer Vereinbarung den Namen der Mutter führen soll, entspricht den gesellschaftlichen Realitäten insofern, da nachwievor Frauen den Hauptanteil der Kindeserziehung und -betreuung zu tragen haben.

Die Sozialistische Jugend begrüßt den vorliegenden Gesetzesentwurf und verleiht der Hoffnung Ausdruck, daß durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit diese Neuerungen auch in Anspruch genommen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Claudia Laschan

Stv. Verbandsvorsitzende



Reinhold Eckhardt  
Verbandssekretär

Verbandssekretariat  
Neustiftgasse 3  
A-1070 Wien  
Telefon 0222/93 41 23  
Telex 4198 Spzent Wien  
P. S. K. 181 90 63  
Member of

